

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an:

A. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal.
Agent für London A. Duenning, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.
Kilialperdition für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Abonnementseinladung.

Wir bitten alle Leser und Parteigenossen, sich zum neuen Quartal für weitere Verbreitung des „Volksstaat“ zu bemühen und namentlich durch die div. Lokalpresse dahin zu wirken. Das Abonnement erneuert man jetzt schon, um die unangenehme Verzögerung, die sonst bei Beginn des neuen Quartals eintritt, zu vermeiden.

Im nächsten Quartal wird der „Volksstaat“ wieder regelmäßig in ganzen (Doppel-) Nummern erscheinen. Die Parteigenossen in den Vogel v. Falkenstein'schen Provinzen eruchen wir dringend, in ihren Lokalblättern den „Volksstaat“ zu empfehlen und bekannt zu machen, daß nunmehr, nach aufgehobenem Belagerungszustand, alle Postämter wieder Bestellungen auf den „Volksstaat“ annehmen. Mit 1. April beginnt das neue Quartal.

An die Parteigenossen.

Außer einem noch zu bedenkenden Defizit der Wahlkosten sind es die Pflichten, die wir unseren zahlreichen Inhabitanten und deren Familien gegenüber zu erfüllen haben, welche uns zu einem erneuten Appell an die Ausdauer und Opferwilligkeit der Parteigenossen nöthigen. Thue Jeder sein Möglichstes! Beiträge nimmt unser Kassirer Burchardt, Johannisgasse 6-8 E. entgegen.

An die Vertrauensmänner unserer Partei richten wir hiermit das Gesuch, wieder bei Zeiten für Erneuerung der Abonnements auf den „Volksstaat“ sorgen zu wollen, zumal, da die Aufhebung des Belagerungszustandes in den nördlichen und westlichen Landesteilen auch das über den „Volksstaat“ verhängte Verbot beseitigt. Lasse es sich Jeder recht angelegen sein, dahin zu wirken, daß ein reges Parteilieben wieder erblühe und beim Quartalswechsel für unser Parteiorgan eine höhere Auflage sich heraussstelle.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Leipzig, 10. März. Der stellvertretende Ausschuss.

Fernere Wahlumtriebe im 19. säch. Wahlbezirk.

Aus Pfannenstiel und Auerhammer hört man Klagen darüber, daß die freie Wahl fast nur dem Namen nach existirt habe. Wenn die Brodherrn an ihre Arbeiter gedruckte Zettel behändigen, so fürchten die Arbeiter bei erster Gelegenheit, die sich ja leicht findet, außer Verdienst zu kommen, wenn diese Zettel etwa gar an irgend Etwas kenntlich wären. Daran haben sich Viele gestoßen und lieber gar nicht gewählt oder in der Angst den Dr. Winkwitz-Zettel hingetragen. Die Leute an den Wahlurnen sind ja meistens lauter Gegner von uns, und gerecht wäre es nur, wenn alle Parteien gleichmäßig im Wahlauschuß vertreten wären.

„Gewählt, wie Winkwitz“, wird man jetzt sprichwörtlich sagen!

Zur Stichwahl im 5. säch. Wahlbezirk.

bei welcher Wigard mit einem Mehr von 3000 Stimmen über Stein siegte, geht uns auf unserm Notiz in Nr. 22 folgende Entgegnung zu:

Erklärung.

In der letzten Nummer des „Volksstaat“ findet sich eine in mißbilligendem Tone gehaltene Notiz, wonach der Vorsitzende unseres Komitees, Parteigenosse Walster, zur Stimmenthaltung gegenüber der engeren Wahl zwischen Prof. Wigard und Adv. Stein I. aufgefordert habe, und ist hierbei von der Redaktion der Wunsch ausgesprochen worden, daß man der Aufforderung Walsters keine Folge gebe.

Dieser Notiz gegenüber haben wir zunächst berichtigend zu bemerken, daß Walster im Namen des Wahlkomitees in der Parteiversammlung ausdrücklich die Erklärung abgegeben hat, es solle von Seiten des Wahlkomitees kein Einfluß auf die Entschlüsse der Parteigenossen ausgeübt werden, weshalb man auch keinen offiziellen Berichtstatter ernannt habe. Die Redner der Versammlung selbst aber, die meistens dem Komitee nicht angehörten, sprachen sich fast ausnahmslos für Stimmenthaltung aus, welche auch infolgedessen angenommen wurde.

Indem wir somit genannte Notiz hierdurch berichtigen, sehen wir uns zugleich genöthigt, dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß die Redaktion des „Volksstaat“ sich so unzuverlässiger Gewährsmänner bedient und auf solche Berichte hin sich herausnimmt, Parteigenossen zu bevormunden. Jedenfalls hat Walster so gut wie jeder andere Parteigenosse und ebenso gut wie der Redakteur des „Volksstaat“ das Recht, seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, ohne hierfür geschulmeister zu werden. Wir schließen diese Erklärung mit der Hoffnung und dem Verlangen, daß derartige Angriffe auf Parteigenossen nicht wieder versucht werden.

Dresden, am 19. März 1871.
Das Centralwahlkomitee für den 4., 5. u. 6. Wahlkreis:
Arnold, Biedermann, Damme, Hille, Hochmann, Ed. Köhler, F. Köhler, Knieling, Kosak, Linte, Meude, Müller, Mehlisch, Spert, Jilger.

J. A.: Der Schriftführer Köhler.

Der gegenwärtige Redakteur des „Volksstaat“ verwarft sich entschieden dagegen, in jener Notiz Parteigenossen angegriffen oder zu bevormunden gesucht oder geschulmeister zu haben. Ich habe vielmehr auf die für alle Parteigenossen maßgebenden Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses aufmerksam gemacht, und das

Fall war — von hiesigen Parteigenossen, namentlich von Bebel, direkt und dringlich dazu aufgefordert worden wäre. Mein Gewährsmann, den das Dresdener Wahlkomitee für unzuverlässig erklärt, ist Walster. Derselbe schrieb am 11. März hierher:

„Was Wigard anbelangt, so hat er sich dermaßen mit den Schlimmsten aller Nationalliberalen verbunden, daß Viele aus Haß lieber den Konservativen unterstützen wollten und es um der Einigkeit in der Parteigenossenschaft hier gerathen erschien, die Stimmenthaltung gegenüber der engeren Wahl zwischen Stein I. und Wigard als der Partei am Würdigsten anzupfehlen. Hoffentlich geben Sie dieser Ansicht unter bewandten Umständen gleichfalls Ihre Zustimmung.“

Mit Gruß und Handschlag Ihr ergebener
A. Otto-Walster.“

Die Dresdener Parteigenossen werden aus diesem Sachverhalt erleben, daß mir Bevormundungsabsichten gänzlich fern lagen. Solche dürften wohl umsoweniger bei mir gesucht werden können, als ich mich um die Redaktion des „Volksstaat“ im Dezember vorigen Jahres nicht etwa beworben oder dieselbe auf eigenen Antrieb übernommen habe, sondern nur auf ausdrücklichen Wunsch, sozusagen auf Ordre der inhabitirten Parteigenossen auf den leeren Posten getreten bin und auch dem damaligen Ausschusssekretär gegenüber, als derselbe vier Tage nach den Verhaftungen hier eintraf, meine sofortige Bereitwilligkeit zur Niederlegung der Redaktion erklärt habe. Carl Hirsch.

Politische Uebersicht.

Der deutsche Reichstag ist am 21. mit großem Kaisergepränge eröffnet worden und hielt Nachmittags 3 Uhr seine erste Sitzung. Die erste That der Volksvertreter war natürlich die Einladung zu einem gemeinsamen Diner. Am Donnerstag war Präsidentenwahl; gewählt wurde zum 1. Präsidenten Dr. Simson, ein Beweis, daß die vereinigten „freisinnigen“ Parteien in der Mehrheit sind.

Der Reichstag wird nunmehr alsbald dem deutschen Volke Gelegenheit geben, das Maß seiner Freisinnigkeit zu beurtheilen. Die Abgeordneten Schrapf, Sonnemann (der in Frankfurt auf das Königsberger Volksparteiprogramm hin von den Arbeitern und Kleinbürgern über den von den vereinigten Liberalen, Konservativen und einer Handvoll Schweizerianer aufgestellten Baron Rothschild siegte) und eine Anzahl Mitglieder der Linken stellen den Antrag, die sofortige Freilassung des Reichstagsabgeordneten Bebel zu verlangen.

Wird der Reichstag diesen Antrag zurückweisen?

Es wäre dies ein Beschluß, eines „kaiserlichen geschgebenden Körpers“ würdig und der Reichstag würde damit lediglich die Höhe seiner reaktionären Gesinnung und die Größe seines Hasses gegen die Minorität dokumentiren; wenigstens wüßte man dann im In- und Ausland, wie man den Reichstag zu beurtheilen hätte.

Für uns ist Bebel kein Verbrecher, sondern ein unschuldig für Recht und Wahrheit Leidender. Wir fordern seine Freilassung nicht als eine Gnade oder Gefälligkeit, sondern als ein Recht und als eine Genugthuung.

Bismarck ist zum Fürsten ernannt worden. Napoleon I. hat bekanntlich das zweifelhafte Verdienst, die von der Revolution abgeschaffte Aristokratie durch einen neuen Soldatenadel wiederbelebt zu haben. Napoleon III. machte die Handlanger des 2. Dezember zu Grafen und Herzögen. Das deutsche Kaiserthum, von dem sich die Bourgeoisie einbildet, es sei das ihrige, zeigt durch seine Freigebigkeit an Orden und Titeln, daß es nicht im Volk, sondern in privilegierten Ständen seine Stützen suchen wird.

Darum wird auch das deutsche Kaiserreich keine Republik, die Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit anstrebt, an seinen Grenzen dulden. Die neuesten Vorgänge in Frankreich haben zur Folge gehabt, daß in Deutschland mit den Beurteilungen, Befangenen-Entlassungen und Pferdeverkäufen innegehalten worden ist, — deutliche Zeichen für die von der maßgebenden Stelle obwaltenden freisheitsfeindlichen Absichten, die um so greller hervortreten, als die neue republikanische Regierung sich in friedlichem Sinne ausgesprochen hat.

Das republikanische Zentralkomitee hat folgenden Aufruf an das Volk von Paris erlassen:

„Bürger von Paris! In drei Tagen werdet Ihr berufen sein, in aller Freiheit den Pariser Gemeinderath zu wählen. Dann werden die, welche, durch dringliche Nothwendigkeit gezwungen, die Gewalt an sich genommen haben, ihre provisorischen Vollmachten in die Hände der Erwählten des Volkes zurückgeben. Es gilt zudem unverweilt eine wichtige Entscheidung zu treffen: die über den Friedensvertrag. Wir erklären gegenwärtig, fest entschlossen zu sein, diesen Präliminarien Achtung zu verschaffen, um zugleich das Heil des republikanischen Frankreichs und des allgemeinen Friedens zu retten.“

Das republikanische Zentralkomitee in Paris veröffentlicht im „Journal officiel“ ein Manifest, in welchem es erklärt, es sei aus der freien Wahl von 215 Bataillonen der Nationalgarde hervorgegangen.

Das Komitee weist die Anschuldigung zurück, daß es die Ursache zu Unruhen abgegeben habe. Es sagt die Regierung an, Paris verleunet und die Provinzen gegen Paris aufzumie-

Das Komitee beschuldigt ferner die Regierung, dem Ober-General befohlen zu haben, die Entwaffnung der Nationalgarde nächtllicher Weile zu versuchen; endlich habe die Regierung gesucht, Paris die Würde einer Hauptstadt zu entreißen.

Das Komitee erklärt wiederholt, fest entschlossen zu sein, die Friedenspräliminarien zu respektiren und wendet sich an die Departements mit dem Aufruf, die Provinz möge mit der Hauptstadt Hand in Hand gehen; es fordert die Provinz auf, sich mit dem Komitee durch Delegirte in Verbindung zu setzen.

In Betreff der Presse erklärt das besagte Komitee, es würde die Pressefreiheit respektiren und hofft, die Journale würden erkennen, daß ihre erste Pflicht die Achtung vor der Republik sei. Eine Amnestie ist für alle politischen Vergehen und Verbrechen bewilligt.

Der permanente Kriegsrath hat eine Adresse an die Einwohner von Paris erlassen, in welcher er sagt: Der 18. März würde ein Tag der Volksjustiz genannt werden. Nur zwei Männer, welche sich durch unbillige Handlungen unbefehigt gemacht hatten, fielen dem Unwillen des Volkes zum Opfer. Das Komitee erklärt, es stehe den Exekutionen fern.

Die Stadt ist dem Anscheine nach ruhig, die Läden sind in den Quartieren, wo keine Barrikaden errichtet sind, im Allgemeinen offen. Die Nationalgardien haben die Redaktionsbureau des „Gaulois“ und des „Figaro“ besetzt und Siegel an dieselben gelegt. — Ein Stadtsergeant, welcher auf die Nationalgarde feuerte, wurde nach einem summarischen Verfahren erschossen. Viele frühere Stadtsergeanten wurden verhaftet. „Cri du peuple“ schreibt, Paris soll sich zu einer freien Stadt erklären, und die befreite Kommune sich selbst regieren. Barrikaden werden fortwährend errichtet und diejenigen, welche sich auf strategisch wichtigen Punkten befinden, mit Geschützen versehen. Die Nationalgarde hat sich einer Quantität Pulver bemächtigt, sowie von 5000 Chassepots in der Kaserne Prinz Eugen Besitz ergriffen. Die Nationalgarde ist im vollkommenen Besitz von Paris.

In Versailles findet seitens der Bourgeoisregierung eine Zusammenziehung von 40,000 Mann statt. Binow und Aurelles sehen aber Zweifel in die Zuverlässigkeit derselben. Die Regierung verhandelt mit den „Insurgenten“. Der „Etoile belge“ schreibt aus Paris vom 19.: Das 119. Regiment (Garnison Versailles) von der Regierung zu den Waffen gerufen, verweigert den Gehorsam.

Ein Pariser Korrespondent der „Etoile belge“ bestritt die Nachricht, daß Unterhandlungen der Regierung mit dem Revolutionskomitee stattfinden. Langlois habe sich anboten, das Kommando der Nationalgarde zu übernehmen. Das Komitee erwiderte: „Wir wollen uns unter keine uns aufgebrängte Chefs beugen; stellen Sie Ihre Kandidatur auf, wenn Sie gewählt werden, so werden Sie unser Kommandant sein.“ Inzwischen befehligt Thullier die Nationalgardien.

General Chanzy, von Tours kommend, wurde in Gemeinschaft mit Turquet de Laissne bei der Kreuzung der Gürtelbahn im Wagon von 40 Nationalgardien verhaftet, indem diese mit den Waffen drohend die Beiden aufforderten, auszustiegen. Chanzy wollte nicht gehorchen und fragte, welche Behörde ihn verhaften lasse. Der Führer des Postens antwortete dem General, er führe die Verhaftung auf seine Verantwortung hin aus, und hielt die aufgeregten Nationalgardien ab, zu Thätlichkeiten zu schreiten.

Die Deutschen haben, als sie von der Insurrektion Kunde erhielten, Saint Denis wiederbesetzt und den Rückzug vollständig eingestellt.

Auch Napoleons ehemaliger Minister Rouher wurde am Sonntag in Doulogne durch Nationalgardien verhaftet.

Nach den neuesten Depeschen hat Thiers und seine Gesellschaft die Maske fallen lassen und mit Canrobert, dem Helfershelfer Napoleons, Verbindung angeknüpft. Das „offizielle Journal“, jetzt Amtsblatt der Arbeiter-Regierung, bedauert das Geschick der der Volkswache zum Opfer gefallenen Generale, konstatiert aber, daß dieselben viermal auf wehrloses Volk, Frauen und Kinder, Feuer kommandirt haben.

Lyonn und andere große Städte haben sich Paris angeschlossen.

Aus Braunschweig schreibt man uns: Als Anlagematerial gegen die verhafteten Ausschussmitglieder Bracke, Spier und Bonhorst (und also vermuthlich auch gegen Liebknecht, Bebel und Heyner. D. R.) dient die gesammte, bei der Verhaftung im September v. J. vorgefundene Korrespondenz mit inländischen und ausländischen Parteimitgliedern, zusammen mehrere tausend Briefe. Die Kopier- und Kassabücher und vorhandenen Broschüren sind gleichfalls mit Beschlagnahme belegt worden. Der Ausschuss scheint also doch in dem Glauben gelebt zu haben, was man bei ihm finde und was er thue, sei nichts Staatsgefährliches! Nun, die Gerichtsverhandlungen werden in Kürze beginnen und uns darüber Aufschluß geben. Nach einem in der Stadt kursirenden Gerüchte soll Bonhorst der „Kompromittirteste“ sein, in wie fern, wissen wir nicht. Die Anklage gegen Alle lautet auf Vorbereitung zum Hochverrath.

der vortrefflichen Redaktion von Franz in Augsburg jeden Freitag erscheint und nur 5 Groschen (18 Kr.) vierteljährlich kostet.

Die Wahlen in Deutschland.

Eine Stimme aus Belgien.

(Aus der „Brüsseler Liberté“.)

Die Feudalen und Reaktionäre jeden Schlags sind voll Freude über den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen. Und sie haben Recht, wenn man nur die Zusammensetzung der Kammer betrachtet. Der Kaiser-König konnte sich keinen geschlosseneren Verein von Anbetern des militärischen Glanzes seines Hauses wünschen und Herr von Bismarck wird mit einer solchen Versammlung seiner Politik nie geträumte Entwicklungen geben können. Der Krieg mit seinen Triumpfen scheint die ganze deutsche Kraft in ein fürchterliches Bündel in der Hand der Regierung vereinigt zu haben und diese politische Einheit scheint von einer Stärke, um für die Zukunft an allen Anstrengungen jener Parteien zu verzweifeln, die für Deutschland eine friedlichere und freiere Einrichtung wünschen.

Doch darf man sich nicht zu sehr von den hervortretenden Resultaten des herrschenden Wahlsystems in unsern Ländern beeinflussen lassen; die Herstellung von Majoritäten ist ihr einziges Geheiß und ihr einziger Zweck; sind diese einmal erreicht, so erkennt man den Minoritäten, so gefährdend sie auch sein mögen, wie im Spiel der Parteien, nur noch eine untergeordnete Bedeutung zu. Die gewichtige materielle Thatsache einer festen, gleichmäßig starken Majorität beschäftigt so lebhaft die Gemüther, daß sie alles Andere vergessen und wie einen Vorhang über die Zukunft eines Landes fallen läßt und daß alle Erscheinungen einer späteren Entwicklung ihr nur für die Dunkelheit hinter den Coulissen, nicht für die Kenntniß der Deffentlichkeit zu sein scheinen.

Eines Tags aber staunt man, wenn man diese unwiderstehlichen Massen beim ersten Schlag sich auflösen sieht, wie es jüngst in Frankreich geschah, und man kommt schließlich zu dem kurzen Satz, so ungemein er erscheint, daß alle Revolutionen sich gegen die parlamentarischen Majoritäten richten und beinahe immer mit Erfolg.

Ein denkender Mensch muß daher zu dem Schluß kommen, daß das, was man per Vausch und Bogen als Majorität annimmt, d. h. als eine mit Nothwendigkeit herrschende Macht, im Grunde nur eine materiell etwas große Zahl ist, daß aber das wirkliche Gleichgewicht der Kräfte in den Staaten nie nach dieser elementären und plumpen Praxis des heutigen Parlamentarismus berechnet werden kann.

Da die Religion der Majoritäten so wenig als irgend eine andere Religion uns zu ihren Befennern zählt, so haben die französischen Wahlen nicht im Mindesten unsere Hoffnungen auf den Fortbestand der Republik erschüttert. Ebenso stören uns heute die deutschen Wahlen entfernt nicht die Ruhe über den Fortbestand des Kaiserreichs. Möge sich Deutschland nur in dem Geiste entwickeln, der sich thatsächlich anzeigt, so ist in 10 Jahren das Kaiserreich unmöglich. Es hat zwar allerdings als Hülfsmittel die Unternehmung neuer Kriege und Gewinnung derselben, aber die Lage ist der Art, daß gerade die Ausrüstungsmittel, die heute das Kaiserreich anwendet, sich gegen dieses im gleichen Maße wenden werden.

Zwei Momente sind es, die uns über die Zukunft Deutschlands Gewißheit verschaffen. Das eine: daß sich alle konservativen Parteien allmählig vereinigen und mehr und mehr zur schroffsten Reaktion hinneigen; das andere: daß die sozialistisch-republikanische Partei sich immer mehr von ihren Anhängern säubert. Die sozialistisch-republikanische Partei ist auf vielen Punkten in den Kampf eingetreten und überall sind die konservativen Elemente jeder Schattirung gegen sie vereinigt. In Berlin haben sich die Fortschrittler ganz mit den Nationalliberalen geeint, die ihrerseits Ultra-Bismarcker sind, nur um die Wahl Jakob's zu hintertreiben. Sie sind so weit gegangen, sich einfach für Liberale auszugeben, was den „Volkstaat“ veranlaßt, ihnen zuzurufen, wenn sie bis jetzt schon nichts Reelles an sich gehabt, so seien sie nun durch Verleugnung des Namens vollends aus den Lebenden geschieden.

Da, wo sich die Sozialisten der Wahl enthalten haben, haben sich die reaktionären Parteien mit unterschiedlichem Erfolg und den bekanntesten Redensarten gefahrbalgt. Ob die eine oder andere Richtung siegt ist für uns gleichgültig; was uns allein beschäftigt, ist das, daß sie einen gemeinsamen Gegensatz haben, den Sozialismus, und daß dieser beinahe überall der Hebel ihrer eigenen Agitation war zur Vereinigung oder Belämpfung, je nachdem der Sozialismus auftreten wollte oder nicht. Die herrschende Macht in der Politik ist diejenige, welche den andern Mächten ihre Handlungsweise bestimmt.

Die konservativen Parteien haben sich so nicht allein geschwächt durch ihren Bruch mit den kräftigsten und legitimsten Wünschen des Volkes, sondern noch mehr durch ihre enge Verbindung mit einem persönlichen und absolutistischen Regiment, wie das des Königs Wilhelm, denn sie lassen so dem Sozialismus das weiteste Feld, der allein den Kampf führt gegen die vereinigte Reaktion. Die Regierung Bismarcks selbst hat dadurch allen Zauber und alle Gewähr für die Zukunft verloren, denn statt seinem Wunsche gemäß der Vertreter des gefamten Deutschlands zu sein, ist er offenbar nur der Szepterträger der deutschen Bourgeoisie und des deutschen Feudalismus. Die Redensarten der Fortschrittler und einiger naiver verzeelter Demokraten werden ihn nicht aus der Rolle bringen, die ihm die Thatsachen aufröthigen.

Es ist ein bedeutender Gewinn, daß Klarheit in die Lage gekommen auf Kosten der durch diesen Kaiser herbeigeführten Zerrüttung Frankreichs, Durchbrechung des europäischen Gleichgewichts und unzähliger Blutströme. Wäre das im Namen des Volkes geschehen und würde es sich für solidarisch verantwortlich für diese Schrecken halten, Europa träte in einen unabsehbaren Zeitraum von Nationalitätskriegen und blutdürstiger Nachhandlungen. Glücklicherweise hat das sozialistische Volk durch seine Haltung erklärt, daß es nichts wolle von solchem Ruhm und solcher Verantwortlichkeit, und da dieser Wahlkampf eben die Stärke des deutschen Sozialismus gezeigt hat, so ist dadurch die Vereinigung mit dem französischen Volke und der europäischen Revolution erreicht. Folglich können wir sicher sein, daß dieses Kaiserreich der Volkstreter allein der hohen und niederen Thaten des Feudalismus und der vereinigten Bour-

das schmerzlicher berührt ist durch die Resultate dieses Krieges als irgend ein anderes Volk. Denn die sofortige und einmüthige Erhebung der Schilde von Seiten unserer Freunde nach der Einkerbung der sozialistisch-republikanischen Abgeordneten war nicht allein ein Protest gegen die ökonomische Herrschaft, sondern gegen die Politik Bismarcks, gegen das Kaiserthum, gegen den Krieg. Zähle man die Stimmen für die sozialistischen Kandidaten zusammen und man wird erkennen, welchen Platz sie in einem Parlament einnehmen würden, in dem die Minoritäten vertreten wären.

So wie er zusammengesetzt ist, ist der Reichstag bismarckisch, außer den Katholiken, die freilich von den Autoritätsanhängern wenig gefürchtet werden. Nichts lieber! Da die Scheidung zwischen dem sozialistischen Volk und den Parteien der Reaktion und Bourgeoisie vollzogen ist, ist es ganz gut, daß die Reaktion sich ihrer ganzen Kraft versichern kann, ohne nennenswerthes parlamentarisches Gegengewicht, um dann um so schneller ihre ganze Entwicklung durchzumachen und ihre Politik und ihre Pläne zu enthüllen, denn nur so können die Augen des deutschen Volks und Europas offen bleiben. Unser sehnlichster Wunsch ist, daß unter den Händen Bismarcks sich die deutsche Bourgeoisie zu Grunde richte und die notwendige Folge davon, daß Bismarck seine Politik und die der Bourgeoisie zusammensetze.

Das sozialistische Volk richtet sich unterdessen auf und streut dem Sämann gleich mit offener Hand den Samen in die von der alten Politik verwüsteten Felder, die vor ihm ausgebreitet liegen.

Nabe liegende Betrachtungen.

Die Leute verrathen sich durch die Unwahrheiten, hinter welchen sie sich verstecken möchten, oft noch weit mehr, als wenn sie all ihre bösen Gedanken herauszuschütten wollten ohne Scham. Wie wir vernahmen, hat einer jener Kandidaten, die auf die obige Parole hören, sich sehr ängstlich ausgelassen darüber, daß man ihm von Arbeiterseite mit der Frage der Diäten auf die Hüfteraugen trat. Alle Welt weiß, daß die Frage, ob Diäten oder nicht, nach beiden Seiten eine Lebensfrage ist, wobei freilich der Ueberfluß als Lebensbedürfniß zugestanden sein müßte. Dagegen ist auf der andern Seite die Lebensfrage zugleich eine Rechtsfrage. In Amerika bringt der Weise seinen Adelsbrief allerdings schon bei der Geburt mit; aber auch dort verliert die Stammesannahme von Jahr zu Jahr mehr Boden, in Europa hat selbst die ärgste Reaktion die Gleichheit vor dem Gesetze zugestehen müssen, wenn sie gleich lange nicht ebrlich innegehalten wird.

Woran hat sich denn nun aber der Mann der Parole geirrt? Daran, daß Arbeiter ihre Stimmen erhoben haben dafür, daß eine Wahrheit die Gleichheit nicht bloß vor dem Gesetze, sondern auch vor der Verfassung, welche die Bürgerhaften der Rechte enthält, sobald nur irgend ein Recht anerkannt ist. Die Gleichheit muß also auch am Wahltische, vor der Wahlurne sein. Wenn ich, ein armer Mann, nicht meine Stimme geben kann dem Manne, dem sich mein Vertrauen zuwendet, weil er, aus Mangel an Mitteln, dem Vertrauen nicht entsprechen kann, das Tausende seiner Mitbürger seiner Einsicht und Redlichkeit schenken: wenn dagegen meine reichen Nachbarn ein Schnippschen schlagen, weil sie Einem aus ihrer Mitte für den Vertrauensmann des Volkes ausgeben können, so wird sich auch nicht lange mehr sprechen und träumen lassen von Gleichheit vor dem Gesetze, denn die Männer der Ungleichheit haben beim Gesetzmachen das Heft in der Hand.

„Aber man verbietet Euch ja nicht, zu wählen wen ihr wollt, eben so wenig verbietet man dem Mann eures Vertrauens, eure Wahl anzunehmen.“ — Ei ja wohl! man verbietet gar nicht, aber man macht kurzweg unmöglich, was man gerne verbieten möchte, aber doch nicht füglich verbieten kann. — Was ist nun ärger, das Verbot oder die Unmöglichkeit?

Aber, sagte der Mann der Parole, das allgemeine Stimmrecht sei nur gewährt worden unter der Bedingung, daß die Abgeordneten keine Entschädigung erhalten. — Ei, lieber Mann, so viel wir wissen, ist das allgemeine Stimmrecht eben von Rechts wegen, jedes ausnahmsweise Stimmrecht könnte nur aus dem allgemeinen Stimmrecht entsprungen und von diesem eingekleidet sein; aber auch das läßt sich nicht einmal denken, denn Jeder, der neu ins allgemeine Stimmrecht tritt, hat unbedingten Einspruch in jede Verkümmernng desselben.

Der Mann auch der Parole sollte aber doch begreifen, daß das allgemeine Stimmrecht ohne Entschädigung eine einfache Verneinung des Wahlrechts ist — eine Unwahrheit kann jedoch nie Berechtigung anprechen.

Freilich, der Mann der Parole hat noch nicht alle seine Karten ausgespielt, aber die jetzt kommt, scheint mir alles Ernieß seine schlechteste. Er ärgert sich nämlich darüber, daß die Arbeiter mit einer Kleinigkeit das Große hören wollen. Die Kleinigkeit soll sein das unterlogene gleiche Recht Aller und eines Jeden an der Wahlurne, das Große dagegen die Einheit Deutschlands. Ob er gesagt hat Einheit oder Einigkeit, weiß ich nicht; sie sind aber zwei grundverschiedene Dinge — Einigkeit ist eine sittliche Eigenschaft, Einheit ist etwas Mathematisches, nähert sich gar leicht einem Zwinger und wird wohl auch ganz ein solcher. Was aber den Unterschied anbelangt zwischen der Einheit und einem Recht, das eine Kleinigkeit sein soll, so muß ich die Herren von der Parole denn doch etwas belehren über denselben. Das kleinste Recht des geringsten Menschen gilt durch sich selbst, die Einheit kann nur als Mittel zum Zwecke gelten. Die Einheit ist in ihren Wirkungen nicht bloß fraglich, das Recht nicht bloß der Gesamtheit und nicht minder das Recht des geringsten Einzelnen ist unbedingend und wer es verkümmert, verdeckt oder offen, ist ein Freveler.

Hrn. Dr. Wehrenpennig, Abgeordneter zu Berlin.

Werther Herr!
In dem anliegenden Ausschnitt aus der New-Yorker Staatszeitung vom 4. Febr. finden Sie unter dem Datum: London, 2. Febr., einen Bericht über eine von Ihnen im preussischen Abgeordnetenhause gehalten Rede. Die darin enthaltenen schweren sachlichen Irrthümer betreffs der Antikriegsversammlung vom 19. Novbr. v. J. werden, wie ich höre, anderweitige Berichtigung Seitens der dabei beteiligten Vereine finden. Den persönlichen Angriffen auf mich gestatten Sie mir folgendes entgegenzustellen:
Ich bin nicht und war nie Mitarbeiter an einer Zeitung, welche die Frauenemanzipation verächt.

Ich bin und war kein Anhänger der Theorien des Herrn Karl Heinzen, sondern ich bin Mitglied der „Internationalen Arbeiter-Assoziation“.

Was mit dem Ausdruck „erzentrish“ gemeint ist, ist mir nicht ganz klar. Kennt man aber Jemand erzentrish, der ein ganzes Menschenalter hindurch seinen Grundsätzen treu geblieben ist, der seine politischen Ansichten nicht wechselt wie ein Kleid, der — obwohl ein Deutscher, — nicht bei Sadoma und Sodan mitbesiegt worden ist, — dann, ich gestehe es offen, bin ich erzentrish und will es bleiben.

Ich glaube an Sie, als Ehrenmann, die Forderung stellen zu dürfen, diese meine Berichtigung und Erwiderung von derselben Stelle zu geben, von welcher die herkömmlichen Bemerkungen über mich fielen, und zeichne mich
Ihren ergebensten
Goboken b. New-York, 14. Febr. 1871
F. A. Sorge.

Zeitungen, welche dem Angriff auf mich Raum gegeben haben, bitte ich um Abdruck dieser Erwiderung.
F. A. Sorge.

Internationale Metallarbeiterchaft.

Gannover. Versammlung der Mitglieder jeden Montag Abend 8 Uhr im Lokale des Hrn. Habernicht, Ballhof- und Kreuzstraßen-Ecke Nr. 12. Reisegeld wird ausbezahlt daselbst.

B. Weykopf, Brodmächtigter, Sandstraße Nr. 16.
Anweisung auf Kostenunterstützung wird ausgeherrselt von 12—2 Uhr

Allgemeiner deutscher Arbeiterverein.

Nürnberg, 22. März. Collegen von nah und fern! Wir sehen uns veranlaßt, endlich aus unserer bisherigen scheinbaren Ruhe hervorzutreten, um endlich auch hier dem allgemeinen Elend etwas abzuhelfen. Die Preise sind hier auf eine so niedere Stufe gebracht, daß es nicht mehr möglich ist, mit denselben das Leben zu erhalten. Es wurden deshalb von uns schon verschiedene Maßregeln ergriffen, um die materielle Lage etwas zu verbessern; jedoch die Meister sowie die Inhaber der Confections-Geschäfte scheinen keine Lust zu haben, mehr zu bezahlen. Es wird uns also zuletzt kein anderes Mittel übrig bleiben, als eine allgemeine Arbeitseinstellung.

Collegen! Wir müssen uns daher sofort an euch wenden, um vorläufig jeden Zugang nach Nürnberg zu verhüten, und ersuchen deshalb alle Bevollmächtigten, sowie alle Freunde und Parteigenossen, ihr Möglichstes zu thun. Nürnberg steht auf dem verzweifeltsten Punkt, Alles wagen zu müssen und es ist Hoffnung vorhanden, daß, wenn wir nöthigenfalls auf die Unterstützung unserer auswärtigen Collegen rechnen können, unsere Sache siegreich aus dem Kampfe hervorgehen muß. Wir legen es Jedem dringend ans Herz, für die gerechte Sache der nothleidenden Arbeiter sein Möglichstes zu thun.

Die Abrechnung der Hauptkasse erfolgt in nächster Nummer.
Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag
J. Baumann, Karlstraße Nr. 156.

* **Leipzig, 16. März.** Jede Regierung, der es um die Durchführung ihrer politischen Grundsätze — mögen dieselben nun gut oder schlecht sein — wahrer Ernst ist, wird ihr Augenmerk besonders dem Erziehungsanstalten widmen, um die künftigen Generationen in denselben demselben bearbeiten zu lassen, daß der Oppositionsgeist nicht so leicht wieder zum Durchbruch kommt. Auch die preussische Regierung hatte das begriffen und führte deshalb die verdummenden Schulregulative ein, und was sie damit gewirkt, das zeigen uns viele hier eingewanderte Preußen.

Der Leipziger Stadtrath dankt großentheils seine Existenz der seit Jahren hier herrschenden liberalen Richtung. Man sollte demnach mit Recht erwarten, daß auch in den hiesigen Schulen eine liberalere Richtung eingehalten würde. Oder liegt dies nicht in der Macht des Stadtraths, so hätte derselbe wenigstens die geeigneten Schritte thun sollen, um das Kultusministerium zu liberalen Erlässen zu bewegen.

Von alledem haben wir aber bis jetzt noch nichts vernommen; im Gegentheil werden unsere Kinder mit Unmassen von Vebelsprüchen und Liebern gequält, die zwar bald wieder vergehen sind, aber doch die Entwicklung eines vernunftgemäßen Denkens mehr hinderten als förberten.

Auch in der Prügelschule zeigt sich in unsern Schulen keine besondere Liberalität. Reulich erzählte ein Vater, daß ein Kind vom Lehrer tüchtig durchgeprügelt worden sei, weil es denselben nicht mit Herr Doktor, sondern mit Herr G. angeredet habe. Wir wissen nicht, wer hier eigentlich die Prügel verdient hätte, aber so viel wissen wir, daß wir an unsern Kindern eine solche liberale Zucht nicht dulden würden.

Ein Anderer, der danebenstah, machte die Mittheilung, daß sein Knabe zu Hause erzählt habe, in seiner Gesangsstunde käme bisweisen der Violindogen auf den Kopf, ja einige seien schon so ins Gesicht geschlagen worden, daß sie geblutet. Die Männer haben ihre Namen genannt, und wir werden weitere Erundigungen darüber einziehen. Sollte dem wirklich so sein, so fragen wir vorläufig: Soll etwa durch ein derartiges Erziehungsweisen den national-liberalen Ideen mehr Eingang in den Schädel verschafft werden, als dies durch eine vernünftige Zucht möglich ist?

Auerbach, 17. März. Unsere Parteileute Schott von hier und Hef von Rode w. i. d. sind bereits früher ihrer Haft entlassen worden, nachdem erwiesen war, daß sie die Aufrufe, wegen deren Verbreitung sie zur Verantwortung gezogen worden sind, vor der Verbreitung nicht gelesen hatten. Stattgehabe Wahlunregelmäßigkeiten werden in der Reichenbacher Versammlung am Sonntag zur Besprechung kommen.

Kirchberg, 13. März. Mit welchen Experimenten die National-Liberalen ihren Kandidaten durchzubringen bemüht waren, mögen hier einige Beispiele erwähnt sein.

Zwei nationalliberale Wähler aus Kirchberg, welche eine Restauration in Burkertsdorf gemeinschaftlich besitzen, dieselbe aber verpachtet haben, fanden sich dort auch ein, um noch zwei Stimmen für ihren Kandidaten einzubringen. Diese beiden sonst sehr klugen Herren mußten sich aber leider auf dem Dorfe die Lehre holen: „daß jeder Wähler nur an seinem Wohnort zu wählen hat“, weil der Wahlvorsteher das Gesetz kannte und es dieser beiden Herren wegen doch nicht übertreten wollte.

Da das Resultat der Auszählung ergab, daß 38 Stimmen für B. Brade jr. in Braunschw. und 7 Stimmen für Georgi in Leipzig waren, äußerte der Braumeister Hubert: „Er schäme sich von jetzt an, noch in Burkertsdorf zu wohnen, weil sie einen Zuchtschändler gewählt hätten“, was diesem Herrn, welcher überdies noch mit den sehr schmeichelhafsten Titeln von Ch. f. . . . um sich warf, einen Strafantrag bereitet.

Hierzu kommen noch zwei eben so würdige Auserungen als Beweis, wie unsere großpreussischen Gegner die Wahlagitation betrieben und unsere Prinzipien zu widerlegen gesucht haben.

Der Glasermesler und Hausbesitzer Oppe von hier hat am 3. März im Postwagen von W. nach Kirchberg geäußert, daß Brade doch gar nicht wählbar sei, weil er auf dem Zuchtthaus gewesen. Zeugen werden diese Verleumdung bestätigen.

Der Weißgerber und Leinwäcker König von hier hat die schon früher bekannt gewordene Verleumdung verbreitet, daß der Kaufmann Brade, unser Kandidat, „Vandalenrotteur“ sei. Zeugen behufs Strafantrag gegen König sind ebenfalls bereit.

Reichenbach, 19. März. Eine für den 22. Wahlkreis heute hieher anberaumte und angemeldete Versammlung behufs Feststellung stattgehaber Wahlunregelmäßigkeiten wurde vom hiesigen Amte untersagt, und wird deshalb von den Einberufenen an kompetenter Stelle Beschwerde geführt werden. Durch die Feststellung von Wahlunregelmäßigkeiten soll vor Allem für die Zukunft das ungeschmälerte Recht der Wähler gewahrt werden.

Wegen Verleumdung des sozialdemokratischen Kandidaten B. Brade von gegnerischer Seite wird Strafantrag gestellt werden, ebenso wegen stattgehaber flagranter Wahlunregelmäßigkeiten.

Briefkasten.

S. Gotha: Nr. 72 ist vergriffen; der beigelegte Brief wird schwerlich zu befördern sein, da wir nicht ermitteln konnten, wo der Betreffliche anhält. — Dr. B. Genl: Wir senden Jhr Exempl. an J. Ph. S., wo Sie dasselbe gef. abholen wollen. — J. P. in S.: 19 gr. u. 6 gr. für Schriften erh. Das Bestellte ist abgegangen. — J. B. S.: Abrechnung folgt. — Geringswalde: Sollte die Postexpedition ferner unregelmäßig liefern, so werden wir geeignete Schritte thun. — S. Ep. in B.: 1 Tht. erh., Bestellung expedirt.

An die Parteigenossen.

Die in letzter Zeit an mich eingekamten höchst ungenauen Abrechnungen von monatlichen Parteibeiträgen veranlassen mich, an alle Vertrauensmänner hiermit die dringende Bitte zu richten, doch bei ferneren Geldeinsendungen die Monate bestimmt angeben zu wollen, für welche die Parteibeiträge in Berechnung zu bringen sind. Diese Angaben sind dringend nothwendig.

Leipzig, 22. März. Theodor Burckhardt, Parteikassirer, Jobannisgasse 6—8 E. III.

Für den Volkstaat sind ferner eingegangen:
Arb.-Bild.-Verein GutsMuth d. B. 1 Tht. A. R. Grimmitzhan: 5 Rgr. S. S. Grimmitzhan 2 1/2 Rgr.

Für die Familien der Inhabitirten.
Martin Leipzig: 2 Tht.

Für die „Volkstaat“-Anleihe. Grimmitzhan 8 1/2 Tht.

Berichtigung. Die in Nr. 23 anitirten 6 Tht. vom soj.-dem. Arb.-Ver. Leipzig d. R. für die Familien der Inhabitirten sind nicht von Gen. Ver., sondern vom Arb.-Bildungs-Berein Leipzig eingegangen.

Leipzig: Verantw. Redakteur in Vertretung: Carl Hirsch (Redaktion: Emilienstr. 2.) Druck u. Verlag: F. Thiele. Expedition: Petersstr. 15.